

Judith Dellheim

Solidarische Ökonomie – ein Thema für sozialistische Politik

Seit Mitte der 1990-er Jahre ist in internationalen Debatten zunehmend von „Solidarischer Ökonomie“ die Rede. Dabei geht es um die Auseinandersetzung mit Armut, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung, mit nachhaltiger Entwicklung, anders-leben-und-arbeiten-Wollen, mit ökologischen Problemen und Klimawandel, mit Strategien unter den Bedingungen „der Globalisierung und des Wandels“, um alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Die Akteure sind internationale Organisationen, Regierungen, Unternehmerverbände und genossenschaftliche Zusammenschlüsse, Selbsthilfegruppen, soziale Bewegungen, Fraueninitiativen, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Glaubensgemeinschaften, Wissenschaftler/innen, Politiker/innen und „ganz normale“ Bürgerinnen und Bürger. Ihre Motive reichen vom Bedürfnis, sich im Bestehenden besser einzurichten oder aus der Gesellschaft „aussteigen“ zu wollen, über den Wunsch, den „Herausforderungen der Globalisierung“ zu entsprechen, die Gesellschaft gut zu verwalten bzw. zu gestalten, bis hin zu autoritär oder aber emanzipativ begründeten Kämpfen gegen die kapitalistische Produktionsweise. Sie umfassen also sehr unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen und Alternativen. Die enormen Spannweiten von Sichtweisen, Motiven und Zielen, die sich mit „Solidarischer Ökonomie verbinden“, treffen zugleich für Mitglieder von Genossenschaften zu. Sie, ihre Unternehmungen und Organisationen sind von der Anzahl, dem ökonomischen Potenzial, ihrem Selbstverständnis und ihrer Geschichte her besonders relevante Teilnehmer/innen an Debatten zur „Solidarischen Ökonomie“.

Die UNO hat in den 1990-er Jahren Wichtiges geleistet, um Genossenschaften zu propagieren und sie wirtschafts- und sozialpolitisch aufzuwerten. Die Europäische Union folgte. Sie ordnet Genossenschaften bzw. genossenschaftlich organisierte Unternehmen einem Dritten Sektor zwischen dem staatlichen und dem profitorientierten privaten Sektor zu. Dieser dritte Sektor wird ebenfalls mit „Sozialer Ökonomie“ oder „Sozialer Solidarischer Ökonomie“ verknüpft.

Begriffsbestimmung von links

Anknüpfend an lateinamerikanische und afrikanische Diskussionen stellen die meisten Partner/innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Solidarische Ökonomie“ in den Kontext mit tief greifenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen. In Deutschland knüpfen sie insbesondere an europäische Debatten an, die auf die Problematik von Genossenschaften und Dritten Sektor fokussieren.

Interessiert also Solidarische Ökonomie in Zusammenhängen mit demokratischem Sozialismus als gesellschaftliches Transformationsprojekt, kann sie als wirtschaftspolitische Denkrichtung und Praxis verstanden werden, mithilfe derer Menschen ihre Interessen zu realisieren suchen, indem sie genossenschaftliche Werte und Prinzipien leben – in der konkreten Wirtschaftseinheit *und* in der Gesellschaft. Solidarische Ökonomie geht mit der Vision von einer Gesellschaft selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen zusammen: mit dem Ringen um gesellschaftliche Entwicklungen, die sich an individueller Freiheit, sozialer Gleichheit, solidarischem Miteinander und Vernunft im Umgang mit der Natur orientieren.

Damit richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Akteure Solidarischer Ökonomie, auf ihr Lernen und Handeln. Sie können sozial sehr heterogen, in verschiedenen Wirtschaftssektoren tätig und auf sehr unterschiedliche Weise gesellschaftspolitisch aktiv sein. Gemeinsam ist ihnen das ständige zielgerichtete Streben nach Kooperation sowohl untereinander als auch über die eigenen Arbeitsfelder und Organisationen und ihre bisherigen Wirkungskreise hinweg.

Gemäß dem UNO-Verständnis gelten als „genossenschaftliche Werte“ Selbsthilfe, Eigenverantwortung, Demokratie, Gleichheit, Durchlässigkeit und Solidarität, Glaube bzw. Orientierung an Ehrlichkeit, Offenheit, soziale Verantwortung und Sorge für andere. Als „genossenschaftliche Prinzipien“ nennt die UNO folgende sieben: a) Freiwilligkeit und offene Mitgliedschaft, b) demokratische Mitgliederkontrolle, c) ökonomische Partizipation der Mitglieder, d) Autonomie und Unabhängigkeit, e) Bildung, Ausbildung und Information der Mitglieder und Kollektive,

f) Kooperation unter genossenschaftlichen Unternehmen und g) Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.¹ Diese Werte und Prinzipien spiegeln Vorstellungen und Erfahrungen wider, die auch „Genossenschaftsidee“ genannt werden. Der Vorzug der UNO-Definition ist ihre Entwicklungsfähigkeit: Solidarität, soziale Verantwortung und Sorge für die Gesellschaft erfordern Engagement für Frieden und zivile Konfliktlösungen, für Demokratie und sozial gleiche Teilhabe an öffentlichen Gütern, für die Bewahrung und Gesundheit der natürlichen Lebensgrundlagen. Problematisch ist ihre mehrfache Interpretationsmöglichkeit, z. B. von „Solidarität“ und „Sorge für andere“ – das Verhalten gegenüber den Schwächsten, die Bedeutung menschheitlicher Existenzprobleme bleiben ungeklärt.

Genossenschaftliche Werte und Prinzipien sind nicht an die Unternehmensform Genossenschaft gebunden, und die Mitglieder einer eingetragenen Genossenschaft müssen keine Akteure Solidarischer Ökonomie sein. Sie könnten es aber schrittweise werden, worum schon wegen ihres Potenzials zu ringen wäre: Weltweit gibt es mehr als 230 nationale und internationale Genossenschaftsorganisationen, die in über 100 Ländern tätig sind und mehr als 800 Millionen Mitglieder nennen. Sie haben auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur globalen – eigene Strukturen geschaffen. Genossenschaften sind ein wichtiges Thema, wenn es um Strategien gegen soziale und globale Probleme und für menschenwürdiges Leben und Arbeiten geht. In Europa werden mehr als 235.000 genossenschaftliche Unternehmen und ca. 130 Genossenschaftsverbände mit über 140 Millionen Mitgliedern gezählt.²

Historisches

Wird Solidarische Ökonomie mit demokratischem Sozialismus verbunden, nimmt dies zugleich eine Traditionslinie auf, die an den Genossenschafts- bzw. Kooperativprojekten der utopischen Sozialisten anknüpft. Diese waren praktische Kritik am System gesellschaftlicher Arbeitsteilung: zum einen wegen der Unterdrückung und Deformation menschlicher Schöpferkraft und Gesundheit, zum anderen wegen der Überflüssigkeit des Kapitalisten als dem direkten Organisator der Produktion.

Karl Marx sah den Kampf um Arbeitszeitverkürzung und die Genossenschaftsbewegung als zu praktizierende Einheit an, weil beide die kapitalistische Arbeitsorganisation angriffen und den arbeitenden Menschen Freiräume für Selbstbestimmung eröffneten. Ihm war bewusst, dass beide auch dem Kapital zugute kommen können, und drängte, beide Bewegungen als politische Kämpfe um die Verfügung über Produktionsmittel und individuelles Eigentum zu führen.³

Dass das Kapital die Genossenschaft für seine Herrschaft nutzen und die Arbeiter/innen von emanzipativen Kämpfen abhalten könnte, sah auch Rosa Luxemburg. „Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein *Zwitterding* dar: eine im Kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischen Austausch.“⁴ Die Produktivgenossenschaft müsse als Unternehmen konkurrenzfähig sein. Die Produktivgenossenschaft könne den Widerspruch zwischen Produktions- und Austauschweise nur aufheben, wenn „sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies verlange, „von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten“ zu sichern.“⁵

Wer wie Luxemburg „revolutionäre Realpolitik“ betreiben will, muss in den Widersprüchen sozialer Selbstorganisation politische Handlungsmöglichkeiten aufspüren und nutzen. Diese Widersprüche resultieren vor allem daher, dass Menschen in der Suche nach Lösungen für ihre Alltagsprobleme nicht zwangsläufig und nachhaltig deren eigentliche Verursacher angreifen.

¹ UNO, 2005, United Nations General Assembly, Cooperatives in social development. Report of the Secretary General, A/60/138, New York, 21.7.2005, S. 5

² Recherchen www.ica.coop, www.copac.coop

³ Marx, Karl, 1962, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Band 16, Berlin, S. 11-12; ders., 1962, Instruktionen für die Delegierten des Zentralrates, ebd., S. 195-196

⁴ Luxemburg, Rosa, 1974, Sozialreform oder Revolution? Gesammelte Werke, Band 1, Erster Halbband, Berlin, S. 417

⁵ ebenda, S. 418

Aktuelle Herausforderungen

In Deutschland und anderen EU-Ländern sind zahlreiche Genossenschaftler/innen „Brüssel“ dankbar: Die EU hat die Genossenschaft weitgehend „entideologisiert“ und sich gegen die (fortschreitende) Zerschlagung „staatssozialistischer Relikte“ ausgesprochen. Vielfach sind erst unter europäischem Druck moderne Genossenschaftsgesetze und ein freundlicherer Umgang mit Kooperativen zustande gekommen. Genossenschaften fanden Eingang in EU-politische Leitlinien und wurden Adressaten europäischer Fördermittel. Die EU hat die Genossenschaften in ihre Politik integriert und zugleich begünstigt, dass sie *a/s* Unternehmen auf Kosten genossenschaftlicher Werte und Prinzipien aufgewertet wurden. Als Akteurin globaler Standortkonkurrenz fördert die EU Liberalisierung und Privatisierung, Wettbewerb zwischen Unternehmen und Regionen. Sie muss aber auch mit den Folgen für die Benachteiligten und Verlierer umgehen. Da werden Selbsthilfe, Genossenschaften und Dritter Sektor bzw. Soziale Ökonomie vielfach als vermeintliche Problemmilderer angesehen, gepriesen und befördert.

Dennoch bedrohen Strategien nationalstaatlicher und europäischer Institutionen, der WTO und der OECD zur Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen auch und insbesondere Genossenschaften und andere Akteure der Sozialen Ökonomie.

Die Akteure der Solidarischen Ökonomie sind also gefordert, ökonomische Potenziale der Sozialen Ökonomie zu verteidigen, öffentliche Leistungen, Unternehmen und Einrichtungen vor der Privatisierung zu bewahren, Gemeinsamkeiten in den Interessen unterschiedlicher sozialer und politischer Akteure zu suchen und wirksam zu machen. Diese Gemeinsamkeiten betreffen zunächst „nur“ die Abwehr der Beutegelüste von Profitmaximierern und der Strategien ihrer politischen Interessenvertreter/innen. Die Abwehr aber kann nur nachhaltig sein, wird das zu Verteidigende demokratisiert. Dafür muss neue Interessenübereinstimmung zustande kommen, was ohne die politischen Akteurinnen und Akteure der Solidarischen Ökonomie selbst aussichtslos ist. Diese zeigen, dass die Alltagsprobleme der Menschen letztendlich immer eine politische, soziale, ökologische und ökonomische Dimension haben – lokal, regional, nationalstaatlich, europäisch und global. Das Auffinden und Sichtbarmachen, das Über- und Umsetzen in politische Forderungen und Positionen, in Arbeit an neuen Allianzen und in konkrete Aktion muss auf verschiedenen politischen Ebenen zustande kommen, aber immer durch lokale und regionale Akteursbündnisse gestützt werden. Es wäre also ständig insbesondere auf die Wechselbeziehungen zwischen öffentlichen Leistungen, genossenschaftlichen Projekten und aktiver demokratischer Regionalentwicklung zu drängen. Dabei ist zum einen auf die strikte Einhaltung genossenschaftlicher Werte und Prinzipien und auf die Solidarität mit den sozial Schwächeren und Schwächsten zu insistieren. Zum anderen gilt es, die eigenen Aktivitäten internationalistisch in europäische und globale Zusammenhänge zu stellen. So könnten nachhaltige Lösungen von Alltagsproblemen demokratisch und solidarisch zustande kommen, gesellschaftspolitische Hegemonie verändert sowie Schritte gesellschaftlicher Transformation befördert werden.

Quelle: Judith Dellheim, Kurzfassung des Artikels *Insellösungen? Genossenschaften brauchen Rahmen* im *BdWi-Forum Wissenschaft* vom September 2008. Mit freundlicher Genehmigung der Verfasserin als IPKW-Onlinetext.